

Wandel im Schneckentempo

Fünf Jahre nach dem Rana-Plaza-Unglück in Bangladesch / 1100 Textilarbeiter starben

Die rund 50 Euro, die eine Näherin in Bangladesch im Monat verdient, reichen nicht für Essen, Wohnen, Schule. Fünf Jahre nach der Tragödie von Rana Plaza liegt in der Textilindustrie noch vieles im Argen. Konsumenten können Druck machen.

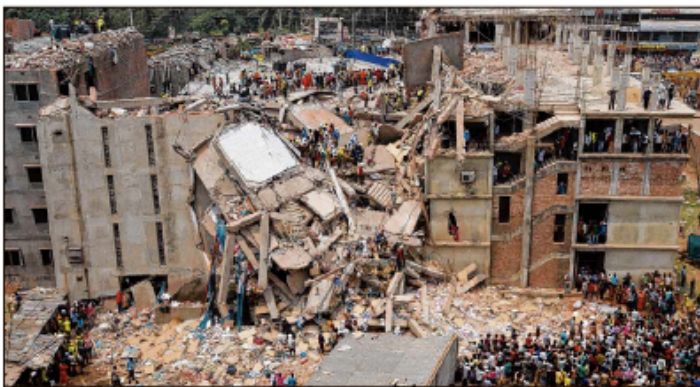
Von Silvia Vogt
Frankfurt/Main (epd) • Mehr als 1100 Tote, rund 2500 Verletzte: Der Einsturz des Fabrikhochhauses Rana Plaza vor fünf Jahren erschütterte Bangladesch – und brachte die Textilindustrie weltweit unter Druck. Nie wieder sollte es solch eine Tragödie geben, versicherten Politiker und Konzerne. Mit internationaler Hilfe hat Bangladesch die Sicherheit seiner Fabriken verbessert. Doch Unglücke mit kleineren Ausmaßen gehören in Billig-Produktionsländern nach wie vor zur Tagesordnung, die Löhne der Näherinnen reichen nicht zum Leben, und Gewerkschaften sind Fesseln angelegt.

„Von den gerade einmal rund 50 Euro im Monat kann eine Näherin nicht Essen, Wohnen, Medikamente und Schule für die Kinder bezahlen“, sagt die bangladeschische Aktivistin Kalpona Akter. Oft müssten die Arbeiterinnen Elf-Stunden-Schichten leisten, sechs Mal pro Woche. „Und zu den Überstunden werden sie gezwungen.“ Dass sich die Beschäftigten gewerkschaftlich organisieren dürfen, gelte in der Theorie. „Aber wenn sie es versuchen, werden sie meist bedroht, gefeuert oder sogar angegriffen.“

Der Einsturz des Rana-Plaza-Gebäudes am 24. April 2013 habe Schockwellen durch eine Industrie gesandt, die auf die



Ein Pfeil auf dem Boden weist in der Textilfabrik „One Composite Mills“ nördlich von Dhaka den Weg zum Ausgang.



25. April 2013 am Rande von Bangladeschs Hauptstadt Dhaka: Rettungskräfte stehen auf den Resten der zusammengestürzten, achtstöckigen Textilfabrik Rana Plaza. 1100 Menschen verloren ihr Leben. Fotos (2): dpa

Ausbeutung billiger und verletzlicher Arbeitskräfte gebaut habe, resümiert Christie Miedema von der Clean Clothes Campaign. Direkt nach dem

Unglück, „als die Augen der Welt auf Bangladesch gerichtet waren“, schienen Versprechen tatsächlich mehr als Lippenbekenntnisse: Das Arbeitsge-

setz sei überholt worden, ein Mindestlohn eingeführt, Gewerkschaften mehr Freiheiten eingeräumt worden. Zudem sei mit dem Gebäude- und

Brandschutzabkommen Bangladesch-Accord die Sicherheit spürbar verbessert worden. Mehr als 100 000 Mängel fielen den Inspektoren in rund 1800 Fabriken auf.

„Doch solche Aktionen können nur dann einen wirklichen Wandel bewirken, wenn sie für die gesamte Industrie gelten, nicht nur für Bangladesch“, mahnt Miedema. „Und zweitens müssen sie nachhaltig und anhaltend sein.“ Nach fünf Jahren scheinke keines der beiden Kriterien erfüllt: Die Lehren für die Gebäudesicherheit seien in anderen Ländern nicht gezogen worden, und in Bangladesch hätten sich die Verbesserungen bei Lohn und Arbeiterorganisation als kurzlebig erwiesen. Wichtig sei nun anhaltender Druck der Käufer.

Textilbündnis für bessere Produktionsbedingungen

Textilimporteure in Deutschland sehen sich indes auf gutem Weg: „Die Sicherheit der Fabriken, die für den Export arbeiten, hat sich dank des Engagements der westlichen Firmen deutlich verbessert“, betont der unter starkem öffentlichem Druck stehende Modediscounter K&K, der in Rana Plaza fertigen ließ und inzwischen auch Entschädigungen an die Opfer zahlte. „Im nächsten Schritt müssen jetzt die Anstrengungen erhöht werden, die Lohnsituation der Beschäftigten zu verbessern und die gewerkschaftlichen Aktivitäten zu verstärken“, erklärt das Unternehmen, das selbst keinen Betriebsrat hat.

Ähnlich äußern sich auch andere Unternehmen – vom Discounter bis zum Öko-Anbieter. Unisono betonen etwa der Billig-Importeur Primark ebenso wie C&A, H&M, Aldi und Lidl oder Tchibo und Esprit die Erfolge des Bangladesch-Accords und versichern, sich auch für insgesamt bessere

Arbeitsbedingungen einzusetzen. Vor allem die Stärkung von Arbeitnehmervertretungen und faire Löhne werden genannt. H&M weist darauf hin, dass alle Zuliefernden Fabriken in Bangladesch inzwischen demokratisch gewählte Arbeitnehmervertretungen hätten; Lidl unterstreicht, seit Jahren Trainings für Textilhersteller zu finanzieren, die auch die Themen Entlohnung, Überstunden und Versammlungsfreiheit umfassen.

„Es gibt noch viel zu tun, wir sind noch nicht am Ziel“, räumt der Handelsverband HDE ein, dem auch große Konzerne angeschlossen sind.

In die Pflicht nehmen lassen müssen sich die Unternehmen dabei noch nicht. Bisher ist der Einsatz für höhere Standards freiwillig, etwa im deutschen Textilbündnis, das Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) nach Rana Plaza ins Leben rief. Dort sind aber nur 50 Prozent der deutschen Textilanbieter dabei, und die Großen des Online-Handels fehlen. Deshalb plädieren nun auch Importeure wie K&K für verbindliche Regeln für alle. Sie fürchten sonst Wettbewerbsnachteile.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Europaebene werden mögliche verbindliche Regeln geprüft, Gesetze zeichnen sich aber noch nicht ab. Auf europäischer Ebene tritt der sachsen-anhaltische SPD-Europaabgeordnete Arne Lietz aus Wittenberg ein. „Der Fall Rana Plaza hat vielen Menschen Europa klar gemacht, dass Kleidung, die wir hier für einen Spottpreis einkaufen, oft unter gefährlichen und menschenunwürdigen Bedingungen produziert wird.“ Er erklärte, dass ein europäischer rechtlicher Rahmen für eine faire Textilwirtschaft nötig sei. „Aber leider kommt die EU-Kommission den Forderungen des EU-Parlaments bisher nicht nach.“